

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Miriam Staudte (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
namens der Landesregierung

**Krisengespräche: Welche Ergebnisse lieferten die „Schweinegipfel“ der Vergangenheit über  
„deutliche Apelle“ hinaus?**

Anfrage der Abgeordneten Miriam Staudte (GRÜNE), eingegangen am 20.09.2021 - Drs. 18/9966  
an die Staatskanzlei übersandt am 22.09.2021

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
namens der Landesregierung 11.10.2021

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mit nur wenigen Tagen Abstand haben die CDU-Agrarministerinnen Otte-Kinast und Klöckner im  
September in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen sogenannte Schweinegipfel abgehalten.

Damit reagierten sie in erster Linie auf die ruinösen Erzeugerpreise, die derzeit für Schweinefleisch  
am Markt gezahlt werden. Ursächlich für diesen Rückgang sind nicht nur die Corona-Pandemie oder  
der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest. Nach Angaben des Thünen-Instituts sank auch der  
bundesweite Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch innerhalb der letzten 20 Jahre um rund 17 %.  
Gleichzeitig orientierte sich die Branche immer mehr auf den Export, vor allem nach China - ein  
Markt, der auf unabsehbare Zeit weggebrochen sein wird. Das bundeseigene Thünen-Institut ver-  
merkt dazu in einer aktuellen Marktanalyse, dass „die Situation auf dem deutschen Schweinefleisch-  
markt (...) durchaus mit dem Begriff ‚GAU‘, größter anzunehmender Unfall, beschrieben werden“  
könne.

Der Ende 2020 bestehende „Schweinestau“, der aufgrund geringerer Schlachtkapazitäten entstan-  
den war, hat sich mittlerweile aufgelöst. Gleichzeitig liegen nun nach Angaben der Bundeslandwirt-  
schaftsministerin rund 260 000 Tonnen tiefgefrorenen Schweinefleisches in deutschen Kühlhäusern.  
Vor diesem Hintergrund sprach sich Julia Klöckner im Rahmen des Bundes-„Schweinegipfels“ dafür  
aus, „den Absatz zu fördern“ ([https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/julia-kloeckner-aldi-fleisch-  
preise-schweinezucht-1.5411589](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/julia-kloeckner-aldi-fleisch-preise-schweinezucht-1.5411589)).

Über den niedersächsischen Gipfel berichtet die *Welt* am 14.09.2021 unter Berufung auf das Proto-  
koll der Sitzung, dass unter den Landwirtinnen und Landwirten „der Ruf nach einer Stilllegungsprämie  
lauter“ werde.

Die im Landtag vertretene Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat diese Thematik mit einem Entschlie-  
ßungsantrag für eine Förderung von Teilausstiegen und Umstiegen in andere landwirtschaftliche  
Sparten aufgegriffen. Auch ein System mit dem Aufkaufen von Produktionsrechten wie in den Nie-  
derlanden solle geprüft werden. Im Rahmen der dazugehörigen Ausschussberatungen unterrichtete  
das Landwirtschaftsministerium im Mai 2021 zu der Thematik und gab dabei zu Protokoll:

„Und heute? Heute, fünf Monate später, sind die Preise wieder auf einem so hohen Niveau, dass die  
Landwirte gut damit leben könnten, wenn nicht die Kosten für Futtermittel, Arbeit und Energie massiv  
in die Höhe geschneit wären.

Vom Schweinestau ist derzeit nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil: Angesichts der Bestandsredukti-  
onen in den letzten Monaten bestehen in der Schlacht- und Verarbeitungsbranche derzeit massive  
Befürchtungen, dass es Weihnachten erhebliche Versorgungsengpässe mit heimischem Schweine-  
fleisch geben könnte.

Um es zusammenzufassen: Preisverfall, Absatzeinbrüche, Schweinestau, Exporteinschränkungen und Abbau von Schlachtkapazitäten sind Schlagworte, die aktuell nicht zum tatsächlichen Marktgeschehen passen.“

Weiter heißt es im Unterrichtsprotokoll, in Bezug auf die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geforderte Umstiegsunterstützung:

„Auch ohne aktives Zutun wird die Schweinehaltung einen weiteren Rückgang der Betriebe und letztlich auch einen Abbau der Tierbestände verzeichnen. Und das mit allen Konsequenzen.

Finanzielle Anreize zum Ausstieg aus der Schweinehaltung kosten viel Geld, sind verwaltungstechnisch sehr kontrollintensiv und verursachen eine Vielzahl von Sonderregelungen, die zum Teil gerichtlich zu klären sind. Für viele Betriebe dürften sie am Ende reine Mitnahmeeffekte darstellen“.

**1. Wie kam die Landesregierung zu der im Mai vorgetragenen Einschätzung, dass „Preisverfall“, „Absatzeinbrüche“ und „Exporteinschränkungen“ Schlagworte seien, „die aktuell nicht zum tatsächlichen Marktgeschehen passen“?**

Das von Corona beeinflusste Marktgeschehen in der ersten Hälfte des Jahres 2021 war nach den Verwerfungen, die Ende 2020 durch den sogenannten Schweinestau hervorgerufen wurden, durch eine deutliche Normalisierung und erhebliche Preissprünge nach oben gekennzeichnet. Im Mai 2021 deutete sich kein kurz bevorstehendes Krisen-Szenario an. So betrug der sich nach oben entwickelnde Schweinepreis am 05.05.2021 je kg Schlachtgewicht 1,42 Euro; er stieg dann bis zum 02.06.2021 weiter bis auf 1,57 Euro/kg und lag damit über dem langjährigen Mittel (2010 bis 2018: 1,537 Euro/kg). Zudem hatten sich die Schlachtgewichte zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls wieder auf das Normalniveau von 96 kg eingependelt, was als Zeichen für den Abbau überschwerer Schweine gewertet werden musste.

**2. Hält die Landesregierung diese Position weiter aufrecht?**

Ja, weil sie zum damaligen Zeitpunkt absolut korrekt war und zudem darauf hingewiesen wurde, dass man unabhängig davon nicht über die weiteren Herausforderungen für die Schweinehaltung hinwegsehen dürfe.

**3. Welche Faktoren haben sich seit Mai geändert, die möglicherweise zu einer Abkehr der damals vorgetragenen Position geführt haben?**

Die im Mai vorgetragene Position hat, bezogen auf den damaligen Zeitpunkt, weiterhin Bestand. Entscheidend für die darauffolgende Entwicklung war vor allem die Handelspolitik Chinas. China hat im Sommer 2021 seinen Schweinefleischmarkt für europäische Ausfuhren erheblich eingeschränkt und im Zuge dessen z. B. sieben spanischen Schlachtstätten die Ausfuhrlicenzen für Schweinefleisch entzogen. Nach Aussagen von Marktbeobachtern hat diese - von niemandem vorhersehbare - Entscheidung der chinesischen Regierung zusammen mit dem Ausbau der europäischen Schweinefleischerzeugung u. a. in Spanien und infolge von Corona, ASP und einem kühlen Sommer für einen hohen zusätzlichen Preisdruck auf dem deutschen Markt gesorgt (so z. B. Dr. Olaf Zinke in *agrar-heute.com* vom 10.09.2021).

**4. Mit welchen Maßnahmen möchte die Landwirtschaftsministerin, jenseits von „deutlichen Appellen“ auf die derzeitige Situation am Schweinemarkt reagieren?**

Der Schweinefleischmarkt war und ist weitestgehend frei von staatlichen Eingriffen; die Möglichkeiten der Einflussnahme sind daher grundsätzlich sehr beschränkt. Infolge des Schweinegipfels wurde durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz umgehend ein Schreiben an das Finanzministerium gerichtet, in dem darum gebeten wurde, steuerliche Belastungen für Schweinehalter abzumildern, z. B. indem Anträgen auf Steuerstundungen unbürokratisch entsprochen wird. Darüber hinaus wurden verschiedene Bundesratsbeschlüsse und zuletzt am 01.10.2021

ein AMK-Beschluss „Aktuelle Situation am Schweinemarkt - Strukturbrüche in der Schweinehaltung verhindert - Krisenmanagement koordiniert betreiben“ durch Niedersachsen herbeigeführt. Der AMK-Beschluss beinhaltet acht Unterpunkte, u. a. die Forderung nach einem abgestimmten Vorgehen zwischen Wirtschaft und Politik zur Bewältigung der Krise auf dem Schweinemarkt, die Forderung nach einem Bekenntnis aller an der Wertschöpfungskette Beteiligten inklusive der Außer-Haus-Verpflegung und Gastronomie zum 5 D-Konzept und damit zur Fokussierung auf heimische Erzeugnisse, die Forderung nach einem Bezug deutscher Ferkel durch die hiesigen Mäster sowie die eindringliche Aufforderung an den Bund, den Umbau der Tierhaltung entsprechend dem Borchert-Konzept vollumfänglich und zügig inklusive flankierender finanzieller Maßnahmen umzusetzen. Weitere Einzelheiten dazu können der Presse entnommen werden.

**5. Hält die Landesregierung die derzeitigen Strukturen und die Gesamtzahl der Tiere in der niedersächsischen Schweinehaltung für zukunftsfähig?**

Für Niedersachsen wurden im Rahmen der Agrarstrukturhebung (ASE) 2020 so wenig Schweinehalter und so wenig Schweine wie seit vielen Jahren nicht mehr gezählt. Der Rückgang der Schweinehaltung hat sich in 2021 nochmals beschleunigt. Erhebliche Importe wertvoller Teilstücke zeigen, dass die Nachfrage nach diesen Teilstücken im Inland schon jetzt nicht durch die heimische Erzeugung bedient werden kann. Andere Teilstücke finden dagegen im Inland keinen ausreichenden Absatz, sodass ein Export unumgänglich ist. Für die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Schweinehaltung ist die vollumfängliche und zügige Umsetzung des Borchert-Konzepts mit den Bausteinen Tierwohl-Label, Finanzierungskonzept sowie Anpassung des Bau- und Umweltrechts zur Ermöglichung tiergerechter Stallumbauten von herausragender Bedeutung.

**6. Falls nicht: Welche Instrumente zur Steuerung stehen aus Sicht der Landesregierung zu Verfügung und werden angewandt?**

Die Landesregierung setzt sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die vollumfängliche und zügige Umsetzung des Borchert-Konzepts ein. Darüber hinaus finden die in der Niedersächsischen Nutztierstrategie beschriebenen und zum Teil bereits früher genutzten Instrumente Anwendung, zu denen u. a. die Fortführung des Tierschutzplans, die Förderung von Tierwohlmaßnahmen (z. B. Ringelschwanzprämie), die Förderung im Rahmen von AFP, die Unterstützung und der Ausbau der Digitalisierung, die Einberufung eines Runden Tisches zur Erleichterung von Stallumbauten, der Erlass zur „Auslegung zu tierwohlgerechten Haltungsverfahren in der Sauenhaltung“ sowie die Förderung von Modellregionen (u. a. Modellregion nachhaltige Nutztierhaltung Südniedersachsen) gehören.

**7. Über welche finanzielle Ausstattung verfügen diejenigen Schweinehaltungsbetriebe, die „ohne aktives Zutun“ ihre Haltung aufgeben werden, und ist davon auszugehen, dass genügend Reserven vorhanden sind, um andere landwirtschaftlich Betriebszweige aus- oder aufzubauen?**

Entsprechende Informationen liegen der Landesregierung nicht vor.

**8. Sind mit der Formulierung „mit allen Konsequenzen“ auch persönliche und soziale Konsequenzen für die Landwirtinnen und Landwirte sowie deren Familien gemeint?**

Ja.

**9. Wie sehen diese Konsequenzen im Einzelfall aus, und werden sich die von Ministerin Otte-Kinast in ihrer Plenarrede am 08.10.2020 beschriebenen Umstände tendenziell eher häufen?**

Dazu, wie die Konsequenzen im Einzelfall aussehen werden, liegen der Landesregierung keine Informationen vor. Von einer weiteren Häufung der durch Frau Ministerin Otte-Kinast beschriebenen Umstände ist insbesondere für den Fall auszugehen, dass das Borchert-Konzept nicht vollumfänglich und zeitnah umgesetzt wird.

**10. Wie hoch ist die Suizidrate unter Landwirtinnen und Landwirten im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen?**

Diesbezüglich werden keine statistischen Erhebungen durchgeführt.

**11. Wie haben sich diese Zahlen für Niedersachsen in den letzten zehn Jahren entwickelt?**

Siehe Antwort zu Frage 10.

**12. Wie hat sich die Menge tiefgefrorenen Schweinefleischs aus Niedersachsen in den letzten fünf Jahren entwickelt?**

Schweinefleisch - Gefrier- und Kühlhausbestände in Niedersachsen, Monatsdurchschnitt Januar bis Dezember

Jahr	Durchschnitt in 1 000 t
2017	134
2018	120
2019	117
2020	143
2021	187*

\*Januar bis Juli

Ob die hinter diesen Zahlen stehenden Tiere in Niedersachsen geboren, aufgezogen, gemästet und/oder geschlachtet wurden, kann mangels entsprechender Erhebungen nicht festgestellt werden.

**13. Welche Auswirkungen auf die Angebots- und Erzeugerpreise hätte ein zügiges Inverkehrbringen der eingefrorenen Schweinefleischpartien?**

Ein Inverkehrbringen von gefrorenem Schweinefleisch würde den Markt vermutlich weiter belasten, wobei jedoch die Art der gefrorenen Erzeugnisse (halbe Schlachtkörper, Teilstücke oder im Inland kaum nachgefragte, eher für den Export bestimmte Erzeugnisse) mit ausschlaggebend sein dürfte.

**14. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag der Bundeslandwirtschaftsministerin, den Absatz von Schweinefleisch zu fördern und Tiefkühlbestände abzubauen?**

Ein Vorschlag der Bundeslandwirtschaftsministerin, gezielt Tiefkühlbestände abzubauen, ist der Landesregierung nicht bekannt. Eine Absatzförderung kann grundsätzlich in sehr unterschiedlicher Weise geschehen (z. B. verstärkte Werbung, Preisanpassung usw.). Ohne genaue Kenntnis der konkret ins Auge gefassten Maßnahmen ist eine zuverlässige Bewertung der Folgen der Förderung des Absatzes von Schweinefleisch nicht möglich.

(Verteilt am 18.10.2021)